

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister		Drucksachennummer 275.1/2026
Fraktionsantrag		
Bürgermeister	öffentlich	☒
Bär, André	nicht öffentlich	☐

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Rat der Kreisstadt Mettmann	5.d	01.07.2026

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2026
 hier: Alternativer Haushaltsplanentwurf 2026

Finanzielle Auswirkungen
 Kosten (einschließl. MWSt.)
 Produkt
 Haushaltsjahr
 Folgekosten
 Mittel stehen im Haushalt zur Verfügung ☐ ja ☐ nein
 Deckungsvorschlag

Fördermittel:

Anmerkung der Stadtkämmerin:

Personelle Auswirkungen:

☐ Pflichtaufgabe ohne Gestaltungsspielraum (= A-Leistung)
☐ Pflichtaufgabe mit Gestaltungsspielraum (= B-Leistung)
☐ Freiwillige Aufgabe (= C-Leistung)

Klima / Umweltrelevanz

BESCHLUSSVORSCHLAG

1. Im Stellenplan sind auf Grundlage der seit Jahren in erheblichem Umfang bestehenden vakanten Stellen deutliche Einsparungen vorzunehmen. Der Fokus soll dabei vorrangig, jedoch nicht ausschließlich, auf Stellen mit B- und C-Aufgaben liegen.

2. Transparenz und Einsparung bei der neuen Dezernentenstelle: Die Verwaltung wird aufgefordert, die durch die Einrichtung einer zusätzlichen Dezernentenstelle entstehenden Mehraufwände (neue Stelle und alle direkt zuordnungsbaaren Annexkosten) als Haushaltsverschlechterung auszuweisen. Die Umwidmung einer Ingenieurstelle oder anderer bereits vorhandener Stellen und Mittel ist rückgängig zu machen. Für die vorgesehene einzurichtende Dezernentenstelle ist ab 2031 ein „ab-kw-Vermerk“ auszubringen, der bei Ausscheiden des Stelleninhabers scharf wird.
3. Zudem soll die Verwaltung moderne Arbeitsformen konsequent weiterentwickeln. Dazu gehören insbesondere Desk-Sharing, mobiles und ortsflexibles Arbeiten sowie digitale Verwaltungsprozesse. Ziel ist es, Büroflächen effizienter zu nutzen und künftig nur noch für bis zu 85 % der Beschäftigten mit Büroarbeitsplatz einen festen Büroarbeitsplatz vorzuhalten, soweit dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. Über den Fortschritt wird regelmäßig im VDO berichtet.
4. Der sogenannte Masterplan zur Beseitigung des in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Investitionsstaus, insbesondere an Schulen und bei der Feuerwehr, wird entgegen dem Vorschlag der Verwaltung nicht zeitlich gestreckt. Die finanziellen Auswirkungen sind im überarbeiteten Haushaltsentwurf entsprechend zu berücksichtigen.
5. Die Verwaltung wird aufgefordert, Ertragssenkungen, Aufwandssteigerungen und auffällige Kennzahlenentwicklungen vollständig und nachvollziehbar zu begründen. Dort, wo die Stadt Mettmann bei Kennzahlen im interkommunalen Vergleich schlecht abschneidet, soll die Verwaltung Maßnahmen entwickeln, um diese Kennzahlen bis 2030 schrittweise auf den jeweiligen Mittelwert oder besser zu bringen. Mögliche Aufwandssenkungen sind in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.
6. Die Grundsteuer B soll deshalb im Jahr 2027 nicht erhöht werden.
7. Die Verwaltung wird aufgefordert, die positiven finanziellen Auswirkungen dieses Antrags in den Entwurf für ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten und gemeinsam mit dem Haushalt 2026 einen Doppelhaushalt 2026/2027 zur Beratung vorzulegen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>			
	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
FDP			
M.U.T			
Die Grünen			
SPD			
AfD			
Zur Sache!ME			
Trox (fraktionslos)			
Frau Dr. Lenz (fraktionslos)			
Schuh (fraktionslos)			
Bürgermeister			

Verwaltungserläuterung:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 16.06.2026 über den Antrag der CDU-Fraktion beraten. Im Rahmen der Erörterung wurden einige Passagen geändert und zur Abstimmung gestellt.

Der Haupt- und Finanzausschluss hat dem Rat folgende Beschlussvorschläge empfohlen:

1. Der als Anlage beigefügte alternative Vorschlag für einen Gesamt-Ergebnisplan zum Haushalt 2026 soll Grundlage für die weitere Beratung des Haushaltsplanes sein.

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	-	-
FDP	4	-	-
M.U.T.	-	4	-
Die Grünen	-	4	-
SPD	-	3	1
AfD	-	3	-
Zur Sache!ME	1	-	-
Bürgermeister	-	1	-

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

2. Im Stellenplan sind auf Grundlage der seit Jahren in erheblichem Umfang bestehenden vakanten Stellen deutliche Einsparungen vorzunehmen. Der Fokus soll dabei vorrangig, jedoch nicht ausschließlich, auf Stellen mit B- und C-Aufgaben liegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Verwaltung hat zugesagt, dem Rat eine Liste mit ca. einsparmöglichen 25 Stellen und einem Einsparpotential in Höhe von ca. 2 Mio. Euro zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Transparenz und Einsparung bei der neuen Dezernentenstelle: Die Verwaltung wird aufgefordert, die durch die Einrichtung einer zusätzlichen Dezernentenstelle entstehenden Mehraufwände (neue Stelle und alle direkt zuordnungsbaaren Annexkosten) als Haushaltsverschlechterung auszuweisen. Die Umwidmung einer Ingenieurstelle oder anderer bereits vorhandener Stellen und Mttel ist rückgängig zu machen. Für die vorgesehene

einzurichtende Dezernentenstelle ist ab 2031 ein „ab-kw-Vermerk“ auszubringen, der bei Ausscheiden des Stelleninhabers scharf wird.

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	-	-
FDP	4	-	-
M.U.T.	-	4	-
Die Grünen	4	-	-
SPD	4	-	-
AfD	-	3	-
Zur Sache!ME	-	1	-
Bürgermeister	-	1	-

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

4. Zudem soll die Verwaltung moderne Arbeitsformen konsequent weiterentwickeln. Dazu gehören insbesondere Desk-Sharing, mobiles und ortsflexibles Arbeiten sowie digitale Verwaltungsprozesse. Ziel ist es, Büroflächen effizienter zu nutzen und künftig nur noch für bis zu 85 % der Beschäftigten mit Büroarbeitsplatz einen festen Büroarbeitsplatz vorzuhalten, soweit dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. Über den Fortschritt wird regelmäßig im VDO berichtet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Der sogenannte Masterplan zur Beseitigung des in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Investitionsstaus, insbesondere an Schulen und bei der Feuerwehr, wird entgegen dem Vorschlag der Verwaltung nicht zeitlich gestreckt. Die finanziellen Auswirkungen sind im überarbeiteten Haushaltsentwurf entsprechend zu berücksichtigen.

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	-	-
FDP	-	-	4
M.U.T.	-	4	-
Die Grünen	4	-	-
SPD	4	-	-
AfD	-	3	-
Zur Sache!ME	-	-	1
Bürgermeister	-	1	-

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich zugestimmt

6. Die Verwaltung wird aufgefordert, Ertragssenkungen, Aufwandssteigerungen und auffällige Kennzahlenentwicklungen vollständig und nachvollziehbar zu begründen. Dort, wo die Stadt Mettmann bei Kennzahlen im interkommunalen Vergleich schlecht abschneidet, soll die Verwaltung Maßnahmen entwickeln, um diese Kennzahlen bis 2030 schrittweise auf den jeweiligen Mittelwert oder besser zu bringen. Mögliche Aufwandssenkungen sind in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Die Grundsteuer B soll deshalb im Jahr 2027 nicht erhöht werden. Die Gewerbesteuer soll um 10 Prozentpunkte auf einen Hebesatz von 500 Prozentpunkten im Jahr 2027 gesenkt werden, um den Wirtschaftsstandort Mettmann zu stärken.

7.1 Keine Erhöhung der Grundsteuer B in 2027

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	-	-
FDP	4	-	-
M.U.T.	4	-	-
Die Grünen	-	-	4
SPD	-	4	-
AfD	-	-	3
Zur Sache!ME	1	-	-
Bürgermeister	1	-	-

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

7.2 Senkung der Gewerbesteuer in 2027

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	-	-
FDP	4	-	-
M.U.T.	-	4	-
Die Grünen	-	4	-
SPD	-	4	-
AfD	-	3	-
Zur Sache!ME	1	-	-
Bürgermeister	-	1	-

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

8. Die Verwaltung wird aufgefordert, die positiven finanziellen Auswirkungen dieses Antrags in den Entwurf für ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten und gemeinsam mit dem Haushalt 2026 einen Doppelhaushalt 2026/2027 zur Beratung vorzulegen.

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	-	-
FDP	-	4	-
M.U.T.	4	-	-
Die Grünen	4	-	-
SPD	4	-	-
AfD	3	-	-
Zur Sache!ME	1	-	-
Bürgermeister	1	-	-

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

Gez. Bär